

Herausgegeben von
György Széll und Carmen Schmidt

ISSN 1437-5117

- 24 -

Von einer ministeriellen „Gleichschaltung“ der subnationalen Einheiten zu mehr lokaler politischer Autonomie: Der Dezentralisierungsoutcome in japanischen Gemeinden

von
Momoyo Hüstebeck

Zur Autorin:

Dr. Momoyo Hüstebeck

Momoyo Hüstebeck has been a postdoctoral research fellow at the IN-EAST School of Advanced Studies since 2013. During the first funding period, she led the research group of “Political Innovations in East Asian Cities”. The collaborative project examined the implementation of social innovations in the local political arena in South Korea, Japan and China. Her postdoctoral research project compares democratic innovations (defined as new forms of citizen participation and deliberation) in Japan and Germany. She focuses on the impact of citizen participation and deliberation on representative democracies. Educated in Japanese Studies (MA, Univ. of Bonn) and political science (PhD, Univ. of Duisburg-Essen), Momoyo Hüstebeck conducted empirical qualitative studies in the context of previous research projects for decentralization, local governments, citizen participation, state-citizen relationships and political representation of women with an area focus on Japan and South Korea.

Email: momoyo.huestebeck@uni-due.de

Inhalt

1.	Einleitung.....	5
2.	Die Devolution als Voraussetzung für eine politische Autonomie	8
	2.1 Die Devolutionspolitik.....	8
	2.2 Bewertung der Devolutionspolitik sowie ihres kommunalen Outcomes.....	10
3.	Die fiskalische Dezentralisierung als Voraussetzung für eine politische Autonomie.....	12
	3.1 Fiskalische Dezentralisierungspolitik.....	12
	3.2 Bewertung der fiskalischen Dezentralisierung sowie deren kommunaler Output.....	15
4.	Die politische Dezentralisierung.....	17
	4.1 Schaffung von lokalen Partizipationschancen als Devolutionsoutcome.....	18
	Bewertung der Ausweitung lokaler Partizipationsmöglichkeiten....	20
5.	Fazit.....	22

Abstract

Like in other countries at the end of the twentieth century, the Japanese national government endeavored to reform its centralized state system. Since the year 2000, a series of fundamental structural reforms have increased the political autonomy and the citizen participation rate in local governments. This article examines, against the backdrop of Fritz Scharpf's democratic theory, the municipal output of the administrative, fiscal and political decentralization. The analysis of Japanese decentralization literature and empirical cases finds that local administrative and fiscal autonomy is indispensable for enhancing political autonomy. Japanese municipalities have not enhanced their autonomy to the expected extent, which a devolution as the most extensive degree of decentralization reforms conceptually permits. However, local governments are found to be more engaged in self-governing and citizen participation than ever before the implementation of the structural reforms.

1. Einleitung

Über Jahrzehnte galt der Zentralismus mit der straff hierarchisch organisierten Staatsverwaltung als Schlüssel für Japans ökonomischen Erfolg in der Nachkriegszeit und den daraus resultierenden gesellschaftlichen Wohlstand (Takao 1998: 950-951; Ichimura und Bahl 2009). Indes wurden die Funktionsstörungen des unitaristischen Staatsaufbaus nach dem Platzen der Spekulationsblase in den 1990er Jahren deutlicher wahrgenommen als während der Hochkonjunktur. Das Schlagwort einer „Systemermüdung“ machte die Runde. Da der Staatsapparat auf die veränderten exogenen und endogenen Anforderungen (z.B. Globalisierung und gesellschaftliche Alterung) nicht mehr adäquat reagieren konnte, erachteten Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ihn unisono als reformbedürftig. Fortan entwickelten die subnationalen Selbstverwaltungskörperschaften dezentral politische Lösungen wie die Einführung der Pflegeversicherung (Omori 2000: 241; Muto 1999: 557).

Der nationale Regierungswechsel 1993 bot das politische „Zeitfenster“ für grundlegende Strukturreformen. In der Abwahl der annähernd vier Dekaden allein herrschenden Liberaldemokratischen Partei (LDP) drückte sich ein breiter gesellschaftlicher Reformkonsens aus. Liberaldemokratische Regionalpolitiker hatten das nationale Zuweisungssystem für ihre Wahlklientel genutzt, um öffentliche Bauvorhaben voranzutreiben. Die zentralstaatlichen Zuwendungen hatten so politischen Konzessionen und Bestechlichkeit Vorschub geleistet. Vor diesem Hintergrund forderten die 1993 an der neuen Regierung beteiligten progressiven Kräfte, die von ihnen kritisierte technokratische Staatsverwaltung zu dezentralisieren. Statt Partikularinteressen zu bedienen sollte eine dezentrale Aufgabenkoordination dem Gesamtwohl der Gesellschaft dienen (Nakano 2010: 117, 49, 7-8).

Nach dem Regierungswechsel arbeitete die progressive Koalition unter Leitung von Premier Hosokawa Morihiro (PM 1993-94) einen Gesetzesvorschlag aus, um eine Dezentralisierung zu initiieren. Die nachfolgenden Regierungen mit LDP-Beteiligung hielten am Dezentralisierungskurs fest. Basierend auf dem 1995 verabschiedeten Gesetz zur Förderung der Dezentralisierung berief der sozialdemokratische Premier Murayama Tomiichi (PM 1994-96) eine Expertenkommission. Deren Entwürfe fanden annähernd eins-zu-eins in das Gesetzespaket zur Förderung der Dezentralisierung (*Chihō bunkenshō*) Eingang, das als maßgebliche rechtliche Grundlage der Aufgabenübertragung im Jahr 2000 in Kraft trat (Oikawa 2000: 4).

In der Dezentralisierungsforschung wird nach dem Grad der Kompetenzübertragung unterschieden. Eine wie im japanischen Fall „echte“ Aufgabenübertragung an nachgeordnete autonome Gebietskörperschaften mit eigener Entscheidungs- und Finanzhoheit wird als Devolution – der weitreichendste Grad einer administrativen Strukturreform – bezeichnet. Dabei unterliegen die Selbstverwaltungskörperschaften lediglich einer nationalen Rechts- und begrenzten Fachaufsicht. Die japanische Dezentralisierungskommission forderte über die Devolution hinaus, dass die Bürger in ihrer Selbst-/Mitbestimmung gestärkt werden sollten. Dadurch sollte die Demokratie in Bottom-up-Prozessen gefördert werden (Sakakibara 2003: 14; Shimada 2007: 8; Murakami 2007: 24). Die Dezentralisierungsbefürworter versprachen sich von einer Strukturreform, die intergouvernementalen Koordinierungskosten zu minimieren (Effizienz), da die zuständigen Abteilungen innerhalb der lokalen Verwaltung intensiver interagieren würden. Eine geringere Entscheidungsdistanz zwischen lokaler Exekutive und der durchzuführenden Angelegenheit bzw. den Betroffenen sollte den Politikoutput kongruenter zum beabsichtigten Ziel gestalten (Effektivität) (Kuhlmann et al. 2011: 54). Bezüglich der Demokratieförderung ging der Machtzuwachs für die Selbstverwaltungskörperschaften mit der Forderung einher, die vertikale Gewaltenkontrolle in einem demokratischen System von checks and balances auszuweiten. Um die demokratische Kontrolle der Exekutive durch die Regierten zu erweitern, sollten Bürger vermehrt und an weitreichenderen politischen Entscheidungen beteiligt werden (Muramatsu und Iqbal 2001: 1; Crook und Manor 1998: 1; Tsubogō 2006).

Die Autorin definiert eine Devolution als rein administrative Strukturreform, von der per se keine wie von der Dezentralisierungskommission angestrebte demokratiefördernde Wirkung ausgeht. Da die Kommission jedoch auch mittels der Aufgabenübertragung danach strebte, die Selbst- und Mitbestimmung von Bürgern im Sinne einer Demokratieförderung zu stärken, basiert die vorliegende Analyse auf dem Konzept einer politischen Dezentralisierung. Die Devolution bildet die wesentliche unabhängige Variable für eine politische Dezentralisierung. Für mehr politische Autonomie müssen die Selbstverwaltungskörperschaften erstens über eine eigene Gestaltungskompetenz verfügen und zweitens von ihnen mittels einer Devolution dazugewonnenen Kompetenzen tatsächlich Gebrauch machen. Drittens muss die Implementierung der Devolution mit ausreichenden Eigenmitteln der Selbstverwaltungskörperschaften unterfüttert sein. Eine Finanzautonomie ist durch eine fiskalische Dezentralisierung zu erreichen (Rondinelli 1999: 3; Manor 1999: 7).

Sowohl einer politischen Dezentralisierung als auch der Demokratie liegen die Prinzipien der Selbst- und Mitbestimmung zu Grunde. Partizipative Entscheidungsverfahren stärken die Demokratie, da sie die Selbstverwaltung der Bürger fördern. Mit einer Dezentralisierung, die die Entscheidungen näher an die Betroffenen bringt, steigen der Anreiz und die Optionen für Bürger, Politik mitzugestalten. Fritz Scharpf greift in seiner „Komplexen Demokratietheorie“ von 1970 das Postulat normativer Demokratietheorien auf, die demokratische Willensbildung (den Input) zu optimieren. Gleichzeitig begegnet er der Kritik an einem uneingeschränkten Mehr an Bürgerpartizipation, indem er seine Theorie in Bezug zur Realität demokratisch verfasster Staaten setzt. Partizipation soll nicht zum Eigenwert erhoben werden. Scharpf geht es um eine Balance zwischen einer Ausweitung der politischen Mitbestimmung und effektiveren staatlichen Problemlösungen. Effiziente staatliche Strukturen bilden die Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie.

Im japanischen Diskurs der 1990er Jahre galt die Dezentralisierung als Allheilmittel, den reformbedürftigen Staat grundlegend zu erneuern. Um sich mit den hochgesteckten Dezentralisierungszielen kritisch auseinanderzusetzen, wird in der Analyse Bezug auf die „Komplexe Demokratietheorie“ genommen. Scharpf zeigt auf, wie Demokratien auf widersprüchliche Anforderungen und Zielkonflikte reagieren können. Es finden sich gleichermaßen Paradigmen von effizienter und effektiver staatlicher Steuerung sowie von demokratiefördernder Wirkung, die in der japanischen Dezentralisierungsforschung ohne direkten Bezug zueinander diskutiert wurden. Die Grenzen lokaler, dezentraler Entscheidungsprozesse, die Scharpf benennt, verdeutlichen, dass trotz einer Ausweitung partizipatorischer Instrumente durch eine Dezentralisierung übergeordnete staatliche Strukturen unerlässlich sind.

Entsprechend der in das Gesetzespaket zur Förderung der Dezentralisierung eingeflossenen Ziele, eine effizientere und effektivere Aufgabendurchführung sowie die demokratische Selbstverwaltung zu fördern, wird im vorliegenden Artikel der Frage nachgegangen, in welchem Maße die Dezentralisierungsreformen die kommunale Autonomie und Mitbestimmung als Ziele einer politischen Dezentralisierung erweitert haben. Politische und fiskalische Autonomie sowie Bürgerpartizipation dienen der empirischen Studie als unabhängige Variablen, um den kommunalen Output zu bewerten.

Wenngleich das Gesetzespaket auch die Selbstverwaltung der Präfekturen reformierte, so liegt der Fokus dieses Artikels auf dem kommunalen Output. Die Gemeinde stellt die

Verwaltungseinheit dar, die als politische Arena den Bürgern am nächsten und damit unmittelbar erfahr- und gestaltbar ist. Somit ist sie die Gebietskörperschaft, in der eine politische Dezentralisierung durch mehr Bürgermitbestimmung am ehesten implementierbar ist.

Anhand zweier qualitativer kommunaler Fallstudien in den Städten Mitaka (Präf. Tōkyō) und Fujimi (Präf. Saitama) wurden acht Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzespakets die Implementierungsbedingungen einer politischen Dezentralisierung auf der Gemeindeebene analysiert. Die Städte unterschieden sich graduell in Finanzautonomie und Partizipationspotenzial. In Mitaka ist die Haushaltslage so solide, dass die Stadt keine Mittel aus dem intergouvernementalen Finanzausgleich erhält. Zudem besitzt die kommunale Selbstverwaltung aufgrund einer seit den 1960er Jahren ausgeprägten Partizipationstradition landesweit Modellcharakter. Fujimi entspricht in puncto Finanzen und Mitbestimmungschancen eher dem japanischen Gemeindedurchschnitt. Etwa dreißig leitfadenorientierte Experteninterviews mit Stadtabgeordneten, Angehörigen der Kommunalverwaltung sowie partizipierenden Bürgern untermauern die Policyanalyse. Im Folgenden werden über den Devolutionsoutput (Kapitel 2) hinaus als weitere Determinanten einer politischen Dezentralisierung die Förderung der Finanzautonomie mittels einer fiskalischen Dezentralisierung (Kapitel 3) sowie die Erweiterung der partizipativen Selbstverwaltung (Kapitel 4) auf der Gemeindeebene beleuchtet.

2. Die Devolution als Voraussetzung für eine politische Autonomie

Die Devolution schuf die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine Erweiterung der politischen Autonomie in Japan. Das im Jahr 2000 von der nationalen Regierung implementierte Gesetzespaket zur Förderung der Dezentralisierung bildete die Grundlage für weitreichende Strukturreformen des zentralistischen Staatssystems. Eine nationale Kommission aus Wissenschaftlern revidierte nicht weniger als 35 verschiedene Gesetze, darunter insbesondere das Gesetz zur gebietskörperschaftlichen Selbstverwaltung.

2.1 Die Devolutionspolitik

Die vom Zuweisungstransfer geprägte zentralistische Mehrebenenadministration wurde aufgrund des Bürokratismus ab Mitte der 1990er Jahre zunehmend als ineffizient und unflexibel bewertet. Die straff hierarchisch organisierten intergouvernementalen Verwaltungsstrukturen ließen die Informationen vornehmlich vertikal fließen. Eine

starke Sektionalisierung innerhalb der Fachressorts führte zu Intransparenz und mangelnder interner Kooperation im Hinblick auf innovative ressortübergreifende Gesamtkonzepte (Sato 2000: 83; Nishio 2007: 45-48).

Für die zentralistische „Gleichschaltung der subnationalen Einheiten“ (Nishio 1999: 105) standen Pars pro Toto die sogenannten institutionellen Auftragsangelegenheiten (*kikan inin jimu*). Unter diese Kategorie fielen bis zur Devolution 70-80 % der präfekturalen und 40-50 % der kommunalen Aufgaben. Die Ministerien mischten sich trotz der in der Verfassung verbrieften Selbstverwaltung ohne gesetzliche Grundlage in die subnationale Aufgabendurchführung ein, indem sie Angelegenheiten an die subnationale Exekutive mittels interner Verwaltungsvorschriften delegierten. Dabei umgingen sie eine Zustimmung und Kontrolle der demokratisch legitimierten Präfekturparlamente oder Gemeinderäte. Die institutionellen Auftragsangelegenheiten degradierten somit die subnationalen Exekutiven zu Weisungsempfängern und stellvertretenden Durchführungsorganen der Ministerien (Shindō 1999: 233).

Die Dezentralisierungskommission erachtete eine Abschaffung der Auftragsangelegenheiten als effektivste Strategie, um die nationale Einmischung zu beschränken. Der ministerielle Einfluss sollte auf eine rechtliche Grundlage gestellt und damit eine klare intergouvernementale Verteilung der Zuständigkeiten in der Aufgabengestaltung und -durchführung erreicht werden. Die ministerielle Kontrolle wurde auf eine Fachaufsicht bei Angelegenheiten beschränkt, die nationale Interessen wahren oder landesweit gleiche Lebensverhältnisse garantieren. Als Devolutionsoutput sollten Präfekturen und Kommunen ihre Aufgaben während des gesamten Planungs- und Durchführungsprozesses autonom gestalten können (Yamashita 2000: 16; Nishio 2007: 44).

Im Ergebnis wurde von den zuvor 561 institutionellen Auftragsangelegenheiten der größte Teil (530 Angelegenheiten) nicht abgeschafft, sondern in gesetzlich delegierte oder autonome Angelegenheiten neu kategorisiert. 252 der institutionellen Auftragsangelegenheiten (45 %) wandelte der Gesetzgeber in gesetzlich delegierte Aufgaben (*hōtei jutaku jimu*) um (Murakami 2007: 26). Bei den gesetzlich delegierten Angelegenheiten behält sich das zuständige Ministerium eine Fachaufsicht vor. Der Aufgabenstatus findet Anwendung, wenn die Angelegenheit von nationalem Interesse ist, jedoch Präfekturen und Gemeinden diese effizienter und effektiver durchführen können. Bei der neu geschaffenen Kategorie der autonom von den Gebietskörperschaften durchgeführten Selbstverwaltungsaufgaben (*jichi jimu*) üben die Ministerien lediglich eine Rechtsaufsicht aus (Nishio 1999: 84-85; Shindō 1999: 241-245).

Der durch die Devolution bedingte Aufgabenzuwachs schlug sich konkret in einer aktiveren Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung nieder. Die Gemeinden revidierten oder schufen mehr als 1.000 neue Satzungen (*jōrei*) (Shimada 2007: 111-113). Kommunen verpflichteten sich beispielsweise, die Eigeneinnahmen oder Bürgerbeteiligung zu fördern (Ikawa 2008: 18-19). Einige Gemeinden entwickelten aktiv eigene neue lokalspezifische Inhalte. Die Mehrheit orientierte sich allerdings bei der Satzungsgestaltung an Vorgaben der übergeordneten Einheiten.

2.2 Bewertung der Devolutionspolitik sowie ihres kommunalen Outcomes

Die japanische Forschung erachtete die Abschaffung der institutionellen Auftragsangelegenheiten als signifikanten Schritt, um die politische Autonomie für die Selbstverwaltungskörperschaften generell auszuweiten (Nishimura et al. 1998: 54; Nishio 2007: 44). Die Devolution wirkte sich jedoch auf kommunaler Ebene geringer aus als in den Präfekturen, da die nationale Regierung den größeren Teil ihrer Angelegenheiten an die Präfekturen übertrug. Im Vergleich zur wissenschaftlichen Bewertung des Gesetzespakets beurteilten die Stadtverwaltungen die tatsächlichen kommunalen Auswirkungen der Devolution als deutlich geringer. In einer landesweiten Umfrage unter 702 Städten im Jahr 2004 bewerteten 79,7 % der Exekutiven den Devolutionsoutput auf einer Skala von 1 bis 10 mit 2 bis 5. Die Befragten sahen Fortschritte in der Verwirklichung einer lokalspezifischen Daseinsfürsorge (53,9 %). 44,1 % gaben als Antwort, dass sich seit der Devolution der Bürgerwille stärker in der Kommunalpolitik widerspiegele (Nihon Toshi Sentā 2005: 1-2).

Entsprechend des Umfrageergebnisses erwähnen auch die Interviewpartner in den Fallbeispielen Mitaka und Fujimi als positive Devolutionseffekte, dass sich die politische Autonomie und Partizipation erweitert habe. Wenngleich die neue Aufgabenkategorisierung praktisch wenig Relevanz hat, da z.B. einige Selbstverwaltungsaufgaben nur im seltenen Katastrophenfall durchgeführt werden, löste die Devolution einen allgemeinen kognitiven Wandel aus. Dieser zeigt sich in der Bereitschaft der Gemeindeexekutive, mehr lokale Eigenverantwortung zu übernehmen und die Bürger stärker in Entscheidungsprozesse einzubinden (Hüstebeck 2014: 173-175).

Trotz des grundsätzlichen Bekenntnisses zur verstärkten Selbstverwaltung schöpfen in der Praxis die Gemeindeexekutiven den rechtlichen Handlungsspielraum, den die

Devolution erweiterte, nicht aus. Die Gründe für die Zurückhaltung, autonom Politik zu gestalten, sind vielfältig. Da das intergouvernementale Aufgaben- und Einnahmeverhältnis zwischen den subnationalen Einheiten (3:2) und der nationalen Ebene (2:3) nach der Devolution gleichgeblieben ist, sind die Selbstverwaltungskörperschaften nach wie vor auf Transfermittel angewiesen. So wirkt die Verwaltungskultur des vertikalen Sektionalismus fort. Selbst bei autonomen Angelegenheiten orientieren sich die Gemeindeverwaltungen an den nun nicht länger vorgeschriebenen Verwaltungsvorgaben der übergeordneten Gebietskörperschaften, um die Chancen für eine Mittelakquise zu steigern (Interviews mit Ishikawa Hisashi, 19.05.08; Nishio Takashi, 15.04.08).

Ein weiterer Grund dafür, dass die dazugewonnene politische Autonomie nicht ausgeschöpft wird, liegt nach Einschätzung des Mitakaer Verwaltungsangehörigen Sakai Toshitaka (Interview 02.05.08) auch am einzelnen Mitarbeiter:

Bei den Verwaltungsmitarbeitern ist bisher eine passive Einstellung häufig. Bislang wurde die Kompetenz, eigene Konzepte zu entwickeln, nicht stark gefordert. Es gibt auch Mitarbeiter, die nicht mit der Entwicklung mithalten können. Bislang hat es gereicht, lediglich den Mund zu öffnen, damit man von der nationalen Ebene gefüttert wird. [...] Da öffentliche Bauprojekte nach wie vor die Kommunalpolitik dominieren, bestehen weiterhin enge Kontakte zwischen der Gemeindeadministration und den übergeordneten Ebenen. Deshalb ist die Dezentralisierung nur ein für die Öffentlichkeit verlaubliches lokalpolitisches Ziel ohne tatsächliche konkrete Absicht.

Die Gemeindeexekutiven sind zurückhaltend bei kommunalen Alleingängen in der öffentlichen Daseinsfürsorge. Sie wollen vermeiden, dass eine Konkurrenz mit anderen Gemeinden um Anwohner entsteht, da deren Steuern als wichtige Einnahmen in den Haushalt fließen (Hüstebeck 2014: 86-88). Der Ratsabgeordnete Hoshino Mitsuhiro (Interview 04.06.08) in Fujimi betont, wie stark nach wie vor das unitaristische Verhalten in den lokalen Selbstverwaltungen verankert ist:

Bislang war es seit der Nachkriegszeit in Japan üblich, dass alle miteinander im guten Einvernehmen die Dinge geregelt haben – aber auch, dass alle Alles in gleicher Weise tun. Jetzt wird klar Eigenverantwortung und Selbstverwaltung eingefordert. Die Bedingungen sind zwar schwierig, eine lokalspezifische Umsetzung ist jedoch wichtig. [...] Jedoch wollen viele keine Eigenverantwortung übernehmen. Vielleicht ist das der Charakter der Japaner? Sie schauen darauf, was der Nachbar macht.

Zusammenfassend brachte das Gesetzespaket beachtliche Veränderungen in den rechtlichen Grundlagen für die kommunale Aufgabengestaltung, sodass mit der Devolution der Eckstein für eine Ausweitung der Gemeindeautonomie gelegt wurde. Die übergeordnete Ebene behält sich lediglich die Fachaufsicht vor, um gesamtstaatliche Angelegenheiten, wie Scharpf es fordert, effizient und effektiv national zu steuern. Die Möglichkeiten für die Gemeinden, ihre Angelegenheiten autonom zu gestalten,

erweiterten sich durch die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen signifikant. In der Praxis schöpfen die lokalen Exekutiven indes den Handlungsspielraum nicht voll aus. Die Grenzen in der lokalen Autonomie sehen die Betroffenen insbesondere darin begründet, dass sie durch die Devolution mit zusätzlichen Aufgaben belastet wurden und die Gesamtfinanzierung unzulänglich ist. Deshalb sind die Gemeindeexekutiven auf einen umfassenden Mitteltransfer angewiesen, der an detaillierte Auflagen der Ministerien geknüpft ist. Die nationalen Vorgaben behindern an die lokalen Gegebenheiten angepasste politische Lösungen und damit eine effektive autonome Aufgabendurchführung der Selbstverwaltungskörperschaften. Nur eine mit hinreichenden Eigenmitteln und Finanzkompetenzen ausgestattete Selbstverwaltungskörperschaft verfügt über eine dezentrale Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit, die eine politische Autonomie gewährleisten. Deshalb fordern Wissenschaftler und subnationale Exekutiven, die Devolution mit einer fiskalischen Dezentralisierung zu unterfüttern (Tull 2001: 64; Bünte 2003: 40).

3. Die fiskalische Dezentralisierung als Voraussetzung für eine politische Autonomie

Im zentralistischen Staat speisten die Selbstverwaltungskörperschaften etwa ein Drittel ihrer Einnahmen aus gebietskörperschaftlichen Steuern. Aus diesem geringen Anteil an Eigeneinnahmen entwickelte sich das Schlagwort einer 30 %-Autonomie (*sanwari jichi*) (Ikawa 2008: 2; Shindō 2000: 206; Foljanty-Jost 2006: 66). Die Selbstverwaltungskörperschaften erbringen eine Reihe für die Bürger wichtiger Dienstleistungen (wie Erziehung, Müllentsorgung etc.). Das Auseinanderklaffen zwischen gebietskörperschaftlichen Einnahmen und Ausgaben kristallisierte sich als zentrales Problem der Devolution heraus. Um die Einnahmenlücke zu schließen, ist über die Hälfte der japanischen lokalen Selbstverwaltungskörperschaften bei ihrer umfassenden Aufgabendurchführung nach wie vor auf intergouvernementale Finanztransfers angewiesen (Mochida 2008: 180; Ikawa 2009: 30).

3.1 Fiskalische Dezentralisierungspolitik

Um das Ungleichgewicht der vertikalen Einnahmen auszugleichen, das sich aus den zentralistischen Finanzstrukturen ergab, implementierte die Regierung unter Premier Koizumi Jun'ichirō in den Jahren 2003-2006 eine fiskalische Dezentralisierung. Das

finanzpolitische Instrument wurde dazu eingesetzt, die intergouvernementalen Mitteltransfers neu zu strukturieren, die subnationalen Einnahmeressourcen auszuweiten und die Anreize zu verstärken, diese effizienter zu nutzen (Bird und Vaillancourt 1998: 15; White und Smoke 2005: 20).

Das Koizumi-Kabinett legte 2003 den Grundstein für eine Finanzstrukturreform, die auf eine Ausweitung der gebietskörperschaftlichen Haushaltsautonomie abzielte (Ikawa 2007: 4-5; Shimada 2007: 252). Die fiskalische Dezentralisierung umfasste drei Reformpunkte, worauf der Name "Trinitäts- oder Dreierreform" (*sanmi ittai kaikaku*) zurückzuführen ist:

- Transfer von nationalen Steuereinnahmen an die nachgeordneten Einheiten,
- Umwandlung der zweckgebundenen Zuweisungen in allgemeine gebietskörperschaftliche Einnahmen,
- Reform des intergouvernementalen Finanzausgleichs.

Die Steuerautonomie für Präfekturen und Kommunen auszuweiten, war das erste Reformvorhaben. Die japanischen Kommunalsteuern zeichnen sich dadurch aus, dass die Höhe der Steuersätze im Gemeindevergleich so gut wie nicht voneinander abweicht. Von einem flexibleren Besteuerungssystem versprach man sich höhere Steuereinnahmen für die Gemeinden. Ein weiteres Charakteristikum des japanischen Steuersystems ist, dass die nationale Ebene Steuern erhebt, die sie an die subnationalen Einheiten zurückführt. Dabei ist die Einkommenssteuer für die kommunalen Einnahmen bedeutend. Statt des zuvor dreistufigen progressiven Steuersatzes von 5, 10 und 13 % schlug die Reformkommission einen einheitlichen Steuersatz von 10 % vor. Die Vereinheitlichung führte vielfach zu einem Einnahmerückgang. Um das Defizit auszugleichen, schichtete das Koizumi-Kabinett 3 Billionen JPY der Einnahmen aus der Einkommenssteuer auf den intergouvernementalen Transfer der gebietskörperschaftlichen Anwohnersteuer um. Zusätzlich wurden 2,5 Billionen JPY der Einnahmen aus der Mehrwertsteuer an die Gebietskörperschaften abgetreten (Narai 2005: 20).

Die zweite Säule der Dreierreform stellen die zweckgebundenen Zuweisungen dar, die die nationale Regierung in allgemeine Mittel umwandelte oder kürzte. Vor der Devolution umfassten die nationalen Zuweisungen annähernd ein Drittel der gebietskörperschaftlichen Einnahmen. Der hohe Anteil an zweckgebundenen Mitteln schwächte die Finanzautonomie der Kommunen und Präfekturen (Mochida 2008: 17; Ikawa 2008: 2-3).

Kritiker erachten die zweckgebundenen Zuweisungen als zu ineffizient, ineffektiv und unflexibel, um auf die gegebenen politischen Anforderungen adäquat reagieren zu können. Die umfangreichen Antragsformalitäten und unterschiedlichen Zuständigkeiten erzeugen einen hohen personellen und finanziellen Arbeitsaufwand. Die zentralstaatlichen Anforderungen für eine Zuwendung verstärken eine uniforme Umsetzung und behindern die Entwicklung innovativer lokaler Projekte (Nishio 1999: 149; Yamazaki und DeWit 2004: 5). Die Gebietskörperschaften schieben zudem dringliche Aufgaben bis zur Mittelbewilligung auf. Auch dem gegenwärtigen öffentlichen Bedarf nicht mehr entsprechende Vorhaben führen Kommunen aufgrund von bereits bewilligten Zuweisungen weiter.

Die Regierung beabsichtigte, die zweckgebundenen Zuweisungen angesichts des erwarteten Zuwachses an subnationalen Steuereinnahmen binnen drei Jahren um 4 Billionen JPY, d.h. um mehr als ein Drittel, zu kürzen (Sōmushō 2007: 6; Hayashi 2007: 28-29). Aufgrund von gebietskörperschaftlichem und ministeriellem Widerstand gegen die drastischen Kürzungen wurden die ursprünglich geplanten 4 Billionen JPY bis zum Fiskaljahr 2006 auf 1 Billion JPY beschränkt. Das Koizumi-Kabinett wandelte zudem zahlreiche der zweckgebundenen Zuweisungen in gebietskörperschaftliche Übertragungssteuern (*chihō kōfuzuei*) und damit in allgemeine Mittel um (Mochida 2008: 21; Yamazaki und DeWit 2004: 4-5).

Als dritte Säule der Dreierreform begann die nationale Regierung ab dem Jahr 2005, das System der gebietskörperschaftlichen Übertragungssteuern zu revidieren. Der gebietskörperschaftliche Finanzausgleich sollte den Finanzbedarf und die Einnahmen von Selbstverwaltungskörperschaften austarieren sowie die horizontalen Einnahmedisparitäten mindern (Sato 2000: 83). Die Übertragungssteuer ist eine allgemeine, nicht an einen Verwendungszweck gebundene gebietskörperschaftliche Einnahme. Sie gilt deshalb als ein adäquates Instrument, die gebietskörperschaftliche Finanzautonomie zu erweitern. Allerdings behält die nationale Ebene auch bei der Übertragungssteuer die Kontrolle über die gebietskörperschaftlichen Finanzen, indem sie Anteile von fünf national erhobenen Steuern mittels eines Verteilungsschlüssels überträgt (Mochida 2008: 17). Eine vereinfachte Berechnungsformel, wie sie im Rahmen der Dreierreform diskutiert wurde, sollte den intergouvernementalen Finanztransfer transparenter und damit für die Gebietskörperschaften genauer prognostizierbar gestalten.

3.2 Bewertung der fiskalischen Dezentralisierung sowie deren kommunaler Output

Betrachtet man das Resultat der fiskalischen Dezentralisierung, so fällt die Bilanz hinsichtlich einer Förderung der Finanzautonomie mäßig aus. Die Dreierreform erweiterte die Steuerhoheit der Gemeinden. Sie ermöglichte es, die Steuersätze variabler zu gestalten und zusätzliche Steuerquellen wie die einer Umweltsteuer zu schaffen. Vergleichbar mit dem Devolutionsoutput fehlt es jedoch an kommunaler Eigeninitiative, die dazugewonnene Steuerhoheit voll auszuschöpfen.

Der Steuerexperte Hoshino Izumi (Interview 17.06.08) erklärt den geringen Gebrauch des dazugewonnenen fiskalischen Gestaltungsspielraums mit der Sorge von Lokalpolitikern, dass sie dies Wählerstimmen kosten könnte oder die Bürger abwandern könnten. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in anderen Dezentralisierungsstudien: Gerade in der unmittelbaren Phase nach einer Devolution fürchten die politisch Verantwortlichen, durch eine Anhebung lokaler Steuersätze die Unterstützung ihrer Wähler zu verlieren (Manor 1999: 67-69). Um neue Steuern zu schaffen, bedarf es im Vergleich zum zentralistischen Finanztransfer intensiverer politischer Auseinandersetzungen der Gemeindeexekutive mit dem Rat oder den Bürgern. Diesen ist die auf die Beantragung von nationalen zweckgebundenen Mittel fokussierte Selbstverwaltung nicht gewachsen. Angestellte der Fujimier Finanzverwaltung erklären die geringe Ausschöpfung der Steuerhoheit damit, dass es kaum eine potenzielle Steuerquelle gebe, die noch nicht genutzt worden sei. Wenn zusätzlich eine Steuer erhoben würde, hätten die Bürger den Eindruck, doppelt in die Pflicht genommen zu werden, was Unmut wecke (Interview mit Saitō Shintarō und Saitō Hiroshi, 19.05.08).

Die Umwandlung der zweckgebundenen Zuweisungen in allgemeine Mittel als zweite Säule der Dreierreform erwies sich im Gesamtergebnis für die Gebietskörperschaften als Einnahmerückgang (Yamazaki und DeWit 2004: 4-5). Obwohl der nationale Steuertransfer von 3 Billionen JPY insgesamt die Zuweisungskürzungen ausglich, vergrößerten sich die horizontalen Einnahmedisparitäten. Insbesondere die Gesamteinnahmen von ländlichen Selbstverwaltungskörperschaften gingen zurück, da sie ihre Steuereinnahmen nicht steigern konnten.

Eine Revision des Finanzausgleichs wirkte sich negativ auf die subnationalen Einnahmen aus. Die gebietskörperschaftliche Übertragungssteuer ging im Zeitraum zwischen den Fiskaljahren 2001 bis 2006 um durchschnittlich 21,3 % zurück. Die Zahl der Einnahmen

aus dem Finanzausgleich erhaltenden Gemeinden nahm ab. Die Kürzung der gebietskörperschaftlichen Übertragungssteuern bedeutete auch für die Stadt Fujimi deutliche Einbußen. Die Reform der Übertragungssteuer betraf Mitaka nicht direkt, da die Stadt wie weitere 15 der 39 Kommunen der Präfektur Tokyo keine Transfermittel aus dem Finanzausgleich erhielt. Angesichts der gravierenden gesamtstaatlichen Haushaltslage setzte die nationale Regierung, so die Kritik, an dem Punkt an, der für sie politisch am einfachsten durchsetzbar war (Hüstebeck 2014: 144; Mochida 2008: 159-163, 122; Ikawa 2008: 23-24).

Insgesamt betrachtet sanken die gebietskörperschaftlichen Einnahmen durch die Dreierreform um etwa 7,5 %. Aufgrund des gebietskörperschaftlichen Einnahmerückgangs erachten japanische Wissenschaftler das Ziel, die gebietskörperschaftliche Finanzautonomie zu fördern, für gescheitert. Trotz der fiskalischen Dezentralisierung sei noch kein Zustand erreicht, bei dem die Selbstverwaltungskörperschaften autonom ihre Finanzen verwalten könnten. Die Dreierreform wirke sich so kontraproduktiv auf die Implementierung der Devolution aus (Nishio und Shindō 2007: 71).

Die Präfekturen und Kommunen halten der nationalen Regierung vor allem vor, dass sie ihnen im Gegenzug zur Kürzung der zweckgebundenen Mittel keine sicheren Einnahmequellen bereitgestellt habe. Die Dreierreform sei vielmehr eine nationale Verlagerung der Ausgaben (Hüstebeck 2014: 143). Die Unzufriedenheit mit den Reformergebnissen führen Verwaltungswissenschaftler mehrheitlich auf falsche Erwartungen der Gebietskörperschaften zurück. Die nationale Regierung habe keine Aufstockung der subnationalen Einnahmen, sondern lediglich eine Ausweitung der Finanzautonomie angestrebt. Die Gebietskörperschaften selbst müssten aktiv Reformen entwerfen und vorantreiben, um eine effiziente Selbstverwaltung als Basis für eine Devolution zu schaffen (Nishio und Shindō 2007: 63-67, 80-83; Ikawa 2007: 17). Angesichts des allgemeinen kommunalen Einnahmerückgangs und einer seit Mitte der 1990er Jahre wachsenden Verschuldung der Gemeinden ist die gebietskörperschaftliche Finanzautonomie die größte Herausforderung. Nur durch hinreichende Eigeneinnahmen kann eine politische Autonomie der Selbstverwaltungskörperschaften erreicht werden (Hüstebeck 2014: 147-151). Indes ist angesichts der divergierenden Interessen zwischen den Selbstverwaltungskörperschaften und dem Finanzministerium eine Lösung der intergouvernementalen Finanzkonflikte nicht in Sicht. Das Finanzministerium strebt nach einer Konsolidierung des nationalen Haushalts durch weniger Subventionen. Der

intergouvernementale Mitteltransfer ist jedoch für die gebietskörperschaftliche Aufgabendurchführung unerlässlich (Ihori 2009: 80).

4. Die politische Dezentralisierung

Die nationale Regierung implementierte die Devolution und fiskalische Dezentralisierung top-down. Dementsprechend forderten Wissenschaftler in einem weiteren Schritt eine Dezentralisierung bottom-up. Für eine politische Dezentralisierung sei es unerlässlich, die übertragenen Kompetenzen nicht nur innerhalb der intergouvernementalen Verwaltungsstrukturen zu dezentralisieren, sondern auch die Bürger als ein demokratisches Gegengewicht zum kommunalen Machtzuwachs mit politischen Kontroll- und Beschlussrechten auszustatten (Interviews mit Shimada Keiji, 16.06.08; Nishio Takashi, 15.04.08; Sakakibara 2003: 14; Kuhlmann 2010: 154). Die Gemeindeexekutiven versprachen sich von einer verstärkten Einbindung der Bürger in lokalpolitische Entscheidungsprozesse, ihre autonomen Politiken zusätzlich zum politischen Mandat basisdemokratisch legitimieren lassen zu können (Takao 1998: 950-951). Die kommunale Bereitstellung von direkten, formellen politischen Partizipationschancen als mittelbarer Devolutionsoutcome stärkte die politische Mitbestimmung.

Die institutionellen Rahmenbedingungen und Ressourcen (wie Finanzen oder Informationen), mit denen die Gemeindeexekutiven zivilgesellschaftliche Akteure ausstatten, bedingen das kommunale Bürgerengagement. Bürger sind zu einer häufigeren und inhaltlich weitreichenderen Mitbestimmung bereit, wenn ihnen entsprechende institutionalisierte Gelegenheitsstrukturen eingeräumt werden (Geißel 2007: 31-35; Vetter 2008: 19-20). Als Reaktion auf den allgemeinen Aufgabenzuwachs und die Schaffung autonomer Angelegenheiten trug im Falle der japanischen Devolution insbesondere die deutliche Zunahme kommunaler Verordnungen und Satzungen dazu bei, dass die Kommunen weitere Partizipationsmöglichkeiten institutionalisierten. Indem die Gemeinden die Mitbestimmung oftmals in ihren neugeschaffenen Grundsatzungen verankerten, verpflichteten sie sich, Bürgermeinungen zu grundlegenden oder richtungsweisenden Maßnahmen zu berücksichtigen (Shimada 2007: 147; Ohsugi 2007: 19; Fujimi-shi 2010). Zeitgleich zum Gesetzespaket zur Förderung der Dezentralisierung implementierte Gesetze, welche die Informationsoffenlegung und gemeinnützige Organisationen (NPOs) stärkten, erweiterten ferner die Partizipationsmöglichkeiten. Das NPO-Gesetz und das Gesetz zur Informationsoffenlegung trugen zu einer positiven

Bewertung des Devolutionsoutcomes durch die Interviewpartner bei (Hüstebeck 2014: 161-163).

4.1 Schaffung von lokalen Partizipationschancen als Devolutionsoutcome

Vor der Devolution wählte die Gemeindeexekutive i.d.R. die Bürger aus, die ihre Meinungen in kommunale Entscheidungen einbringen konnten. Zudem organisierte und leitete die Verwaltung die Partizipationsverfahren. Ein etabliertes Instrument ist die Teilhabe einzelner Bürger an kommunalen Ausschüssen oder Beratungskommissionen. Trotz öffentlicher Ausschreibungen der Sitze, die den Bürgern vorbehalten sind, nahm die Verwaltung vor der Devolution i.d.R. Einfluss auf die Auswahl der Ausschuss- bzw. Kommissionsmitglieder. Die Kommunalverwaltung ernannte bevorzugt ihr gegenüber positiv eingestellte und somit kooperative Bürgervertreter wie pensionierte Verwaltungsmitarbeiter oder Vorsitzende von konservativen Nachbarschaftsvereinigungen (*chōnaikai*). Die Gemeindeverwaltung vermied mit dieser Selektion, dass andersdenkende Bürger – wie Vertreter von kritischen Bürgerinitiativen – den Ausschüssen beiwohnten (Ohsugi 2007: 18; Interviews mit Nishio Takashi, 15.04.08; Satō Hisashi, 15.04.08).

Die partizipativen Neuerungen nach der Devolution werden im Folgenden anhand von Beispielen aus den Fallstudien illustriert. Die empirische Analyse konzentriert sich auf lokale, verfasste politische Verfahren, an denen sich Bürger direkt beteiligen können. Die politische Partizipation unterscheidet sich von den hergebrachten Formen wie den Ausschüssen im Wesentlichen darin, dass sie allen Interessierten offensteht sowie von den Bürgern selbst aktiv ausgeht. Die Anwohner können sich umfassender als zuvor an verschiedenen Phasen des politischen Entscheidungsprozesses beteiligen (Uchinaka 2004: 130). Die ausgewählten Städte divergieren im Hinblick auf ihr politisches Partizipationspotenzial. Mitaka nimmt seit den 1960er Jahren eine Vorreiterrolle in der Bürgerpartizipation ein. Fujimi bildet bezüglich der politischen Partizipationsmöglichkeiten hingegen den Durchschnitt japanischer Gemeinden ab. Im Folgenden werden Bürgerversammlungen, öffentliche Stellungnahmen und Planungszellen als Beispiele für durch die Devolution erweiterte Partizipationschancen schlaglichtartig analysiert.

In Bürgerversammlungen (*shimin kaigi*) diskutieren ausschließlich Bürger miteinander. Die Rolle der Gemeindeverwaltung beschränkt sich dabei darauf, dass sie die Rahmenbedingungen schafft: Sie initiiert die Versammlungen und assistiert mit

Informationen. Bürgerversammlungen werden i.d.R. dann abgehalten, wenn grundlegende Programme oder klar eingrenzbar Themen erarbeitet werden sollen. Da die Versammlungen allen Interessierten offenstehen, bilden sie ein repräsentativeres Meinungsspektrum als die kommunalen Ausschüsse ab, zu denen nur einzelne Bürger zugelassen werden (Tsubogō 2006: 47). In Fujimi und Mitaka initiieren die Rathausangestellten insbesondere zum Thema Stadtgestaltung öffentliche Bürgerversammlungen (Interviews mit Shibukawa Hisashi, 19.05.08; Ishikawa Hisashi, 19.05.08; Mitaka-shi 2007b: 438).

Interessierte Bürger der Stadt Mitaka erarbeiteten in einer Bürgerversammlung, die von 1999-2001 tagte, eine Grundsatzung. In fast 800 Sitzungen formulierten verschiedene Arbeitsgruppen für die Stadt vier Empfehlungen, nach denen sich die lokale Selbstverwaltung in den kommenden Jahren grundlegend ausrichten sollte. Erstmals waren Bürger von Beginn an und ohne jegliche inhaltliche Vorgaben an einer kommunalen Entscheidungsfindung beteiligt. Das Verfahren fand als Modell landesweit Interesse und Anerkennung (Uchinaka 2004: 139, 147).

Stellungnahmen zu kommunalen Entscheidungen, die die Gemeindeverwaltung veröffentlicht (*paburikku komento, public comments*), stellen ein weiteres dem interessierten Bürger zugängliches Partizipationsinstrument dar. Indem die Kommune der Öffentlichkeit ihre Pläne vorlegt, räumt sie ihr in der Planungsphase lokaler Projekte die Möglichkeit ein, essenzielle Informationen zu erhalten und Meinungen dazu per E-Mail, Brief oder Fax zu äußern. Die Verwaltung ist verpflichtet, die Zuschriften auszuwerten und zu veröffentlichen. Die eingegangenen Bürgermeinungen müssen bei den gemeindlichen Entscheidungen berücksichtigt werden. Dennoch behält sich die Exekutive wie bei anderen Partizipationsinstrumenten die letzte Entscheidungsgewalt vor. Die Kommunalverwaltung besitzt zudem das Informationsmonopol. Sie entscheidet, zu welchen Projekten die Anwohner befragt und welche Informationen dazu veröffentlicht werden. Die Kommentare nehmen trotz dieser Einschränkungen zu. Die Befürworter sehen dies als ein Zeichen dafür, dass die öffentlichen Stellungnahmen dazu beitragen, die Basisdemokratie zu stärken. Die Exekutive trifft ihre Entscheidungen dadurch näher am Bürgerwillen und somit effektiver (Hüstebeck 2014: 181).

Die Administration der Stadt Fujimi holte öffentliche Meinungen ein, um einen Grundlagenplan und eine Grundsatzung auszuarbeiten. Die Stadtverwaltung ruft darüber hinaus jährlich durchschnittlich für zwei bis drei Maßnahmen die Öffentlichkeit auf, diese zu kommentieren. Die Kommune Mitaka verankerte 2005 in ihrer Grundsatzung, beim

Entwurf wichtiger politischer Programme diese zunächst der Öffentlichkeit zur Stellungnahme vorzulegen (Grundsatzung der Stadt Mitaka zur lokalen Selbstverwaltung, Kap. 3 Abs. 16, veröffentlicht am 01.10.2005; Mitaka-shi 2007b: 438; Mitaka-shi 2010).

Als neues Partizipationsinstrument führte Mitaka 2007 nach deutschem Vorbild sogenannte Planungszellen für Themen der Stadtgestaltung ein. Charakteristisch ist die Teilnehmerauswahl per Zufallsprinzip. Die Stadt schreibt 1.000 ausgeloste Bürger mit der Bitte an, sich an einer konkreten Planungszelle zu beteiligen. Im Fall, dass die Verwaltung von mehr als den für einen Workshop vorgesehenen 50 Bürgern eine positive Rückmeldung erhält, wird die Teilnehmerzahl erneut per Los eingegrenzt. Die Bürger sollen, assistiert von Moderatoren, während eines Wochenend-Workshops Lösungen für vorgegebene lokale Themen erarbeiten. Kommunalvertreter erläutern die Problemstellung eingehend, wenn sie die Teilnehmer mit der Aufgabe betrauen. So können Laien auf Grundlage dieser Informationen ein Bürgergutachten erarbeiten. Die endgültige Entscheidungsgewalt liegt jedoch auch hier bei der Gemeindeexekutive (Dienel 2002: 113-116; Mitaka-shi 2007a; Toyoshima 2003b: 204). Die Mitakaer Verwaltung erwartet von den Planungszellen, dass sie die Kommunikation der Bürger untereinander und deren Wissen über die lokale Selbstverwaltung intensiviert (Mitaka-shi 2007b: 392). Allerdings zeigt die Praxis, dass die Planungszellen nur bei überschaubaren, begrenzten Themen funktionieren. An dem Losverfahren gab es auch Kritik, weil nicht alle Interessierten, sondern nur ausgewählte Bürger teilnehmen können (Interviews mit Fujikawa Masashi, 21.04.08; Iwata Yasuo, 24.04.08).

4.2 Bewertung der Ausweitung lokaler Partizipationsmöglichkeiten

Nach der Devolution wurden direkte politische Partizipationsmöglichkeiten mittels einer wachsenden Zahl an kommunalen Satzungen zur Bürgerteilhabe fest in der lokalen Selbstverwaltung verankert. Die Gemeindeexekutiven institutionalisierten Foren für neue Formen der direkten Teilhabe. Das öffentliche Bewusstsein, dass Partizipation ein fester Bestandteil der lokalen Selbstverwaltung sein soll, und die Bereitschaft der kommunalen Verantwortlichen, mit den Bürgern in Dialog zu treten, wuchsen. Neben diesen positiven Entwicklungen verdeutlichen die Fallstudien jedoch auch die gängigen Partizipationsprobleme, die in der Forschung und Praxis auch in anderen Demokratien diskutiert werden. Die Repräsentativität der eingebrachten Meinungen, die Informiertheit der En-

gagierten und die Verbindlichkeit in der Umsetzung stellen die klassischen Partizipationschwierigkeiten dar (Dienel 2005; Vetter 2008: 15).

Die Repräsentativität der auf Grundlage der eingebrachten Meinungen getroffenen Entscheidungen wird dadurch konterkariert, dass sich immer nur eine Minderheit der Gesamtbevölkerung beteiligt. Das kommunale Partizipationsangebot stößt i.d.R. auf eine relativ geringe öffentliche Resonanz. Selbst bei der Ausarbeitung der Mitakaer Grundsatzung engagierten sich trotz der unübertroffenen Beteiligung von 300 Einwohnern nur 0,25 % der städtischen Gesamtbevölkerung (Uchinaka 2004: 130). Die Repräsentativität von partizipativen Entscheidungen, die auf Grundlage der Beteiligung einzelner Bürger getroffen wird, stellen Kritiker deshalb infrage. Sie sehen aufgrund der ihrer Ansicht nach zu geringen Meinungsvielfalt die Gefahr, dass organisationsstarke Interessen dominieren. Ferner könne sich aus der sozialen Selektivität der Engagierten ein verzerrtes Meinungsbild ergeben. Die Partizipierenden seien besser als der Bevölkerungsdurchschnitt mit sozialen Ressourcen wie Bildung oder Sozialkapital ausgestattet. Die direkte Teilhabe biete so einer privilegierten Minderheit einen Zugang, die öffentliche Meinung zu beeinflussen (Gabriel und Völkl 2005: 523, 562; Bogumil 2002: 163-164). In Mitaka und Fujimi beteiligten sich vor allem männliche Senioren, die in ihrem aktiven Berufsleben leitende Positionen eingenommen hatten. Der Gender-, Alters- und soziale *bias* wurde durch die Sozialstruktur der Schlafstädte im Großraum Tokyos verstärkt. Berufstätige Pendler bringen sich kaum an ihrem Wohnort ein. Aufgrund der langen Arbeits- und Fahrtzeiten fehlt es ihnen nach eigener Einschätzung an freier Zeit, sich zu engagieren. Zudem sind sie am Wohnort häufig nicht sozial vernetzt, so dass die Partizipationshürde höher ist als bei Senioren und Hausfrauen (Hüstebeck 2014: 186).

Die unzureichende Informiertheit der Teilnehmenden, die zu oberflächlichen Entscheidungen führe, ist ein weiterer, häufig genannter Einwand. Kritiker normativer Partizipationstheorien bezweifeln, dass Laien über ein hinreichendes Erfahrungs- und Überblickswissen verfügen, um komplexe Zusammenhänge zu erkennen und damit Politik effizient und effektiv zu gestalten. Es sei deshalb unerlässlich, über den Bürgerwillen hinaus Experten hinzuzuziehen. Zudem müsse die Gemeindeexekutive die letzte Entscheidungsinstanz bleiben (Toyoshima 2003a: 193-194; Martinsen 2006: 62). Auch in den Fallstudien wurde das Selbstverständnis der Verwaltungsangestellten deutlich, Garant für eine effiziente und effektive Entscheidungsfindung zu sein. Die Gemeindeexekutive versteht sich als Vermittler und Katalysator zwischen divergierenden lokalen Interessen. Sie behält sich das Gestaltungs- und

Informationsmonopol sowie die letzte Entscheidungsgewalt vor, um effiziente, effektive und gemeinwohlorientierte Entscheidungen zu treffen (Interviews mit Fujikawa Masashi, 21.04.08; Ōishida Hisamune, 15.04.08; Sakai Toshitaka, 02.05.08). Auch Scharpf fordert, pluralistische Interessen in formale effektive und effiziente Mitbestimmungsstrukturen zu kanalisieren. Obgleich Scharpf in der Bürgerteilhabe das demokratische Grundprinzip für individuelle Selbstbestimmung und -entfaltung verwirklicht sieht, mahnt er den Minderheitenschutz und eine „bessere Vertretung der Unterschichtinteressen“ an (Scharpf 1970: 87).

Abschließend ist zu konstatieren, dass zwar die Zahl der von der Verwaltung bereitgestellten Partizipationsinstrumente mittelbar durch die Devolution wuchs, sich diese jedoch mehrheitlich auf die Vorbereitung von gemeindlichen Entscheidungen beschränken. Den Bürgerentscheidungen mangelt es meist an Verbindlichkeit, da die abschließende Entscheidungsfindung bei den kommunalen Vertretern liegt. Trotz der nach der Devolution erweiterten lokalen Möglichkeiten, Informationen zu erhalten und seine Meinung zu äußern, bleibt der politische Einfluss von engagierten Bürgern somit begrenzt (Shinoto 2005: 125).

Dass die japanischen Gemeindevertreter nicht an die Bürgerentscheidungen gebunden sind, ist kein Einzelfall. In den meisten Demokratien werden zivilgesellschaftliche Akteure lediglich in der anfänglichen Phase der Willensbildung konsultativ an institutionellen Entscheidungen beteiligt. Eine tatsächliche, gleichberechtigte Entscheidungsmacht räumen die Gemeindeexekutiven ihren Bürgern zumeist nicht ein. Auf Dauer sind die Bürger jedoch nur bereit, sich an zeitaufwendigen Diskursen und Partizipationsverfahren zu beteiligen, wenn ihren Entscheidungen mehr Gewicht eingeräumt wird, d.h. sie verbindlich sind (Mädling 2005: 14-15; Geißel 2007: 34-35).

5. Fazit

Die Devolution schuf die rechtlichen Voraussetzungen für eine politische Dezentralisierung, die durch ein Mehr an politischer Autonomie und Partizipationschancen bedingt wird. Trotz der mehrheitlich hochgesteckten Erwartungen an die Devolution als weitreichendsten Dezentralisierungsgrad zeigte sich empirisch lediglich eine geringe Erweiterung der kommunalen Autonomie und Mitbestimmung.

Die Devolution wandelte rechtlich-formal tiefgreifend das intergouvernementale Verhältnis, indem sie es in eine gesetzliche Form goss und die nationale Kontrolle auf eine

Fachaufsicht beschränkte. Damit wurde das intergouvernementale Verhältnis transparenter gestaltet und die in der Verfassung verbriefte Selbstverwaltung gestärkt. Der durch die Devolution erweiterte rechtliche Handlungsspielraum ist als Erfolg für die lokale Selbstverwaltung zu bewerten. Die empirischen Fallanalysen verdeutlichten indes, dass die Kommunen die dazugewonnene Freiheit nicht in dem erwarteten Maße voll ausschöpfen. Der Reformwille der Beteiligten erwies sich als eine wichtige Determinante. Eine Devolution setzt die Bereitschaft der nationalen Akteure voraus, Macht abzugeben. Um die kommunale Selbstverwaltung zu fördern, bedarf es weiterer Reformen wie einer umfassenden Kompetenzübertragung nicht nur von der nationalen, sondern auch der präfekturalen Ebene. Die Gebietskörperschaften ihrerseits müssen jedoch im Hinblick auf eine Ausweitung ihrer politischen Autonomie auch bereit sein, Selbstverantwortung zu tragen und eigene, lokalspezifische Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse zu etablieren. Die Exekutiven in Fujimi und Mitaka gestalteten Angelegenheiten autonom, wenn diese wie z.B. im Politikfeld der Stadtplanung oder Sozialpolitik für den Bürger unmittelbar Relevanz hatten, lokale Interessenskoalitionen bestanden, keine Skaleneffekte zu befürchten waren oder ein Vorteil im Wettbewerb mit anderen Gemeinden daraus gezogen werden konnte.

Die Gemeinden müssen außerdem für eine effiziente und effektive Selbstverwaltung mit mehr Eigeneinnahmen ausgestattet werden, da die Einnahmen seit den 1990er Jahren trotz wachsender Aufgaben rückläufig sind. Auch in einer europäischen Studie beeinflusste die Finanzkraft der einzelnen Gemeinden im Wesentlichen den Implementierungsgrad der Dezentralisierung (Kuhlmann et al. 2011: 286). Da die fiskalische Dezentralisierung bei der Mehrheit der japanischen Gemeinden einen Einnahmerückgang bedingte, forderten die subnationalen Einheiten zusätzliche nationale Finanztransfers und eine Ausweitung der gemeindlichen Anleihen. Weitere Reformen des staatlichen Finanzsystems erwiesen sich im Rahmen der Dezentralisierung als größte politische Herausforderung. Die 2007 und 2009 eingesetzten neuen Dezentralisierungskommissionen hatten sich zum Ziel gesetzt, eine tatsächliche gebietskörperschaftliche Selbstverwaltung zu verwirklichen. Das Projekt wurde indes bereits im Vorfeld als gescheitert erachtet, da sich die Beteiligten aufgrund von stark divergierenden Interessen nicht auf eine Umgestaltung der staatlichen Finanzstrukturen einigen konnten.

Der sich aus der Devolution ergebende Anspruch an die Gemeinden, den Anwohnern eine dezentrale, lokalspezifische Daseinsvorsorge zu bieten, veranlasste die Selbstverwaltungskörperschaften, ihre Bürger stärker in die Daseinsfürsorge und in die von der

Gemeindeexekutive moderierten Entscheidungsprozesse zu integrieren. Die Zahl der politischen Entscheidungsprozesse, die in der Meinungsbildungsphase für einen zivilgesellschaftlichen Input geöffnet wurden, stieg seit der Implementierung des Gesetzespakets deutlich. Die institutionelle Bereitstellung von Partizipationsmöglichkeiten verflachte das hierarchische Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Gemeindeexekutive. Die Chance, Politik mitzugestalten und lokale Probleme zu lösen, erhöhte den Anreiz für die Bürger, sich in der kommunalen Selbstverwaltung zu engagieren. Bürger fordern zunehmend mit größerem Selbstbewusstsein Partizipationsrechte ein. Sie können aber mehrheitlich das abschließende politische Ergebnis und dessen Umsetzung nicht beeinflussen. Es mangelt an der Bereitschaft der institutionellen Akteure, verbindlich partizipative Entscheidungen umzusetzen. Die Verbindlichkeit auf der Output-Seite von Beteiligungsverfahren ist der Schlüssel, um dem demokratischen Regieren eine neue Qualität zu verleihen.

Zusammenfassend stellen sich die Dezentralisierungsmaßnahmen und der dadurch angestoßene kommunale Wandel als sehr komplexes Zusammenspiel verschiedener Determinanten dar. Tieferliegende Interessenkonflikte vor allem bezüglich der intergouvernementalen Einnahmenverteilung wirkten sich auf den Reformprozess negativer aus, als der allgemeine Dezentralisierungskonsens vermuten lässt, und sind nur schwer beizulegen. Nicht allein die nationalen top-down-Reformen, sondern lokale politische und gesellschaftliche Entwicklungen führten in Ansätzen dazu, dass eine politische Dezentralisierung, die die lokale Demokratie fördert, verwirklicht wurde. Die Umsetzung durch die Betroffenen beeinflusst den Reformoutcome. So ist abschließend zu konstatieren, dass über die administrativen und fiskalischen Strukturreformen hinaus ein umfassender politischer Wandel nicht nur in der Ministerialbürokratie, sondern auch in den Selbstverwaltungskörperschaften eine fortwährende Aufgabe bleibt, um die lokale politische Autonomie und Mitbestimmung zu erweitern.

Literaturverzeichnis

Bird, Richard M./ Vaillancourt, François (1998): „Fiscal Decentralization in Developing Countries: An overview“. In: *Fiscal Decentralization in Developing Countries*. Hg.: Richard M. Bird und François Vaillancourt. Cambridge/New York: Cambridge University Press: S. 1-48.

Bogumil, Jörg (2002): „Kooperative Demokratie: Formen, Potenziale und Grenzen“. In: *Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik: Theoretische Analysen und empirische Befunde*. Hg.: Michael Haus. Opladen: Leske und Budrich: S. 151-166.

- Bünthe, Marco (2003): *Regionale Autonomie in Indonesien: Wege zur erfolgreichen Dezentralisierung*. Hamburg: Institut für Asienkunde.
- Crook, Richard C./ Manor, James (1998): *Democracy and Decentralisation in South Asia and West Africa: Participation, Accountability and Performance*. Cambridge/ New York: Cambridge University Press.
- Dienel, Peter C. (2002): *Die Planungszelle: Der Bürger als Chance*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Dienel, Peter C., Hg. (2005): *Die Befreiung der Politik*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Foljanty-Jost, Gesine (2006): „Dezentralisierung als Herausforderung lokaler Demokratie?“. In: *Politik in Japan. System, Reformprozesse und Außenpolitik im internationalen Vergleich*. Hg.: Verena Blechinger/ Christiane Frantz und Mark Thompson. Frankfurt a.M./ New York: Campus: S. 63-81.
- Fujimi-shi (2010): „*Paburiku kommento (shimin iken teishitsu tetsuzuki) to wa* [Public Comment, Verfahren zur Einreichung von Bürgermeinungen]“. <http://www.city.fujimi.saitama.jp/40shisei/18public/2010-0726-1551-127.html> (Aufruf am 01.04.2017).
- Gabriel, Oscar W./ Völkl, Kerstin (2005): „Politische und soziale Partizipation“. In: *Handbuch: Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*. Hg.: Oscar Gabriel und Everhard Holtmann. München und Wien: Oldenbourg: S. 523-573.
- Geißel, Brigitte (2007): „Zur (Un-)Möglichkeit von Local Governance mit Zivilgesellschaft: Konzepte und empirische Befunde“. In: *Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe?* Hg.: Lilian Schwalb und Heike Walk. Wiesbaden: VS Verlag: S. 23-38.
- Grundsatzung der Stadt Mitaka zur lokalen Selbstverwaltung [Mitaka-shi jichi kihon jōrei], veröffentlicht am 01.10.2005. In: *Mitaka wo kangaeru kisō yōgō jiten. Shisei gaiyō 2007* [Grundwörterbuch für Überlegungen zu Mitaka. Leitfaden der Stadtverwaltung 2007]. Hg.: Mitaka-shi. Mitaka: Selbstverlag: S. 20-21.
- Hayashi, Hiroaki (2007): *Bunken shakai no chihō zaisei* [Die subnationalen Finanzen der dezentralisierten Gesellschaft]. Tokyo: Chūō Keizaisha.
- Hüstebeck, Momoyo (2014): *Dezentralisierung in Japan. Politische Autonomie und Partizipation auf Gemeindeebene*. Wiesbaden: Springer VS.
- Ichimura, Shinichi/ Bahl, Roy, Hg. (2009): *Decentralization Policies in Asian Development*. Singapore u.a.: World Scientific Publishing.
- Ihori, Toshihiro (2009): „Political Decentralization and Fiscal Reconstruction in Japan“. In: *Decentralization Policies in Asian Development*. Hg.: Shinichi Ichimura und Roy Bahl. Singapore: World Scientific Publishing: S. 54-83.
- Ikawa, Hiroshi (2007): „Recent Local Financial System Reform (Trinity Reform)“. In: *Up-to-date-Documents on Local Autonomy in Japan 2*. Hg.: Council of Local Au-

- thorities for International Relations (CLAIR).
http://www3.grips.ac.jp/~coslog/activity/01/03/file/up-to-date-2_en.pdf (Aufruf am 21.04.2017).
- Ikawa, Hiroshi (2008): „15 Years of Decentralization Reform in Japan“. In: *Up-to-date-Documents on Local Autonomy in Japan 4*. Hg.: Council of Local Authorities for International Relations (CLAIR).
http://www.clair.or.jp/j/forum/honyaku/hikaku/pdf/up-to-date_en4.pdf (Aufruf am 17.04.2017).
- Ikawa, Hiroshi (2009): „Trinity Reform of Local Fiscal System in Japan“. In: *Decentralization Policies in Asian Development*. Hg.: Shinichi Ichimura und Roy Bahl. Singapore u.a.: World Scientific Publishing: S. 30-53.
- Kuhlmann, Sabine (2010): „Vergleichende Verwaltungswissenschaft: Verwaltungssysteme, Verwaltungskulturen und Verwaltungsreformen in internationaler Perspektive“. In: *Vergleichende Regierungslehre*. Hg.: Hans-Joachim Lauth. Wiesbaden: Springer VS: S. 140-162.
- Kuhlmann, Sabine/ Bogumil, Jörg/ Ebinger, Falk/ Grohs, Stephan/ Reiter, Renate (2011): *Dezentralisierung des Staates in Europa. Auswirkungen auf die kommunale Ausgabenerfüllung in Deutschland, Frankreich und Großbritannien*. Wiesbaden: Springer VS.
- Mädling, Heinrich (2005): „Die kommunale Selbstverwaltung“. In: *Die Befreiung der Politik*. Hg.: Peter C. Dienel. Wiesbaden: VS Verlag: S. 14-17.
- Manor, James (1999): *The Political Economy of Democratic Decentralization*. Washington D.C.: The International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank.
- Martinsen, Renate (2006): *Demokratie und Diskurs: Organisierte Kommunikationsprozesse in der Wissenschaft*. Baden-Baden: Nomos.
- Mitaka-shi (2007a): *Mitaka machizukuri disukasshon 2007* [Mitaka Stadtgestaltungsdiskussion 2007]. Mitaka: Selbstverlag.
- Mitaka-shi (2007b): *Mitaka wo kangaeru kisō yōgō jiten. Shisei gaiyō 2007* [Grundwörterbuch für Überlegungen zu Mitaka. Leitfaden der Stadtverwaltung 2007]. Mitaka: Selbstverlag.
- Mitaka-shi (2010): „Paburikku komento (shimin iken boshū tetsuzuki) [Public comment, Verfahren zum Sammeln von Bürgermeinungen]“. http://www.city.mitaka.tokyo.jp/c_pubcome/ (Aufruf am: 14.04.2017).
- Mochida, Nobuki (2008): *Fiscal Decentralization and Local Public Finance in Japan*. New York: Routledge.
- Murakami, Jun (2007): „Chihō jichi no rekishi to chihō bunken [Die Geschichte der

- Selbstverwaltungskörperschaften und der Dezentralisierung]“. In: *Bunken jidai no chihō jichi* [Selbstverwaltung im Zeitalter der Dezentralisierung]. Hg.: Akira Imagawa/ Kunihiko Ushiyama und Jun Murakami. Tokyo: Sanseidō: S. 12-33.
- Muramatsu, Michio/ Iqbal, Farrukh (2001): „Understanding Japanese Intergovernmental Relations: Perspectives, Models, and Salient Characteristics“. In: *Local Government Development in Postwar Japan*. Hg.: Michio Muramatsu/ Farrukh Iqbal und Ikuo Kume. Oxford: Oxford University Press: S. 1-28.
- Muto, Hiromi (1999): Decentralization Reform in Japan. In: *The challenge to new governance in the twenty-first century. Achieving effective central-local relations*. Hg.: National Institute for Research Advancement. Tokyo: Selbstverlag: S. 555-570.
- Nakano, Koichi (2010): *Party politics and decentralization in Japan and France. When the opposition governs*. New York: Routledge.
- Narai, Osamu (2005): „Issues for Fiscal Reform“. In: *Japan Echo* 32/ 1: S. 18-20.
- Nihon Toshi Sentā (2005): *Chihō bunken kaikaku ga toshi jichitai wo ataeta eikyō ni kansuru chōsa kenkyū* [Studien bezüglich des Einflusses der Dezentralisierungsreformen auf die Selbstverwaltung von Großstädten]. Tokyo: Selbstverlag.
- Nishimura, Seiji/ Kawauchi, Takashi/ Yoneda, Yorihiro (1998): „Bunkengata shakai no sōzō no tame ni. Chihō bunken suishin iinkai dai 4-ji kankoku kaisetsu I [Für die Schaffung eines dezentralisierten Gemeinwesens. Erläuterungen zur vierten Empfehlung der Kommission zur Förderung der Dezentralisierung I]“. In: *Chihō jichi* 605: S. 49-81.
- Nishio, Masaru (1999): *Mikan no bunken kaikaku: Kasumigaseki-kanryō to kakutō shita 1300 nichi* [Die unvollendete Dezentralisierung. Die mit der Ministerialbürokratie gerungenen 1300 Tage]. Tokyo: Iwanami Shoten.
- Nishio, Masaru (2007): *Chihō bunken kaikaku no michisuji: Jiyūdō no kakudai to shoshō jimū no kadai* [Der Weg der Dezentralisierungsreform. Die Erweiterung des Freiheitsgrades und der Aufgaben, die in der Zuständigkeit der Gebietskörperschaften liegen]. Tokyo: Kōjin no Tomosha.
- Nishio, Masaru/ Shindō, Muneyuki (2007): *Ima, naze chihō bunken na no ka* [Warum gerade jetzt eine Dezentralisierung?]. Tokyo: Jitsumu Kyōiku Shuppan.
- Ohsugi, Satoru (2007): „People and Local Government: Resident Participation in the Management of Local Governments“. In: *Papers on the Local Governance System and its Implementation Fields in Japan* 1. http://www3.grips.ac.jp/~coslog/activity/01/04/file/Bunyabetsu-1_en.pdf (Aufruf am 22.04.2017).
- Oikawa, Shōichi (2000): *Yoku wakarū chihō jichi no shikumi to yakuwari* [Das Gefüge und die Aufgaben der lokalen Selbstverwaltung leicht verständlich]. Tokyo: Hōgaku Shoin.

- Omori, Wataru (2000): „The Current State of Decentralization in Japan“. In: *Japan Review* 14/ 3: S. 234-252.
- Rondinelli, Dennis (1999): What is decentralization? In: Litvack, Jennie und Jessica Seddon (Hg.): *Decentralization briefing notes*. Washington: World Bank Institute, S. 1-5.
- Sakakibara, Hidenori (2003): „Jūmin sankā no tenkai to kadai [Entwicklungen und Themen der Partizipation von Anwohnern]“. In: *Jūmin sankā no shisutemu kaikaku* [Systemreform der Anwohnerpartizipation]. Hg.: Tsutomu Muroi. Tokyo: Nihon Hyōronsha: S. 8-37.
- Sato, Motohiro (2000): „Decentralization and Economic Development in Asian Countries: An Overview“. In: *Hitotsubashi Journal of Economics* 41/ 2: S. 77-84.
- Scharpf, Fritz (1970): *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*. Konstanz: Universitätsverlag.
- Shimada, Keiji (2007): *Bunken kaikaku no chihei*. Tokyo: Komonzu.
- Shindō, Muneyuki (1999): „Kaisetsu [Kommentar]“. In: *Mikan no bunken kaikaku. Kasumigaseki-kanryō to kakutō shita 1300 nichi* [Die unvollendete Dezentralisierungsreform. 1300 Tage des Ringens mit der Ministerialbürokratie]. Hg.: Masaru Nishio. Tokyo: Iwanami shoten: S. 233-253.
- Shindō, Muneyuki (2000): *Chihō bunken* [Dezentralisierung]. Tokyo: Iwanami Shoten.
- Shinoto, Akinori (2005): „Die Planungszelle in Japan“. In: *Die Befreiung der Politik*. Hg.: Peter C. Dienel. Wiesbaden: VS Verlag: S. 125-127.
- Sōmushō (Ministry of Internal Affairs and Communication) (2007): *Me de miru nihon no chihō zaisei. Chihō zaisei no jōkyō. Heisei 19-nenban chihō zaisei hakusho bijuaruban* (Heisei 17-nendo kessan) [Die gebietskörperschaftlichen Finanzen auf einen Blick. Die Lage der gebietskörperschaftlichen Finanzen. Ausgabe 2007. Bildliche Darstellung des Weißbuches über gebietskörperschaftliche Finanzen (Bilanz von 2005)]. Tokyo: Selbstverlag.
- Takao, Yasuo (1998): „Participatory Democracy in Japan's Decentralization Drive“. In: *Asian Survey* 38/ 10: S. 950-967.
- Toyoshima, Akiko (2003a): „Paburiku komento no igi to kadai [Bedeutung und Themen des public comments]“. In: *Jūmin sankā no shisutemu kaikaku* [Systemreform der Anwohnerpartizipation]. Hg.: Tsutomu Muroi. Tokyo: Nihon Hyōronsha: S. 174-197.
- Toyoshima, Akiko (2003b): „Shingikai ni okeru jūmin sankā no kadai [Themen zur Beteiligung von Anwohnern an Beratungsausschüssen]“. In: *Jūmin sankā no shisutemu kaikaku* [Systemreform der Anwohnerpartizipation]. Hg.: Tsutomu Muroi. Tokyo: Nihon Hyōronsha: S. 198-211.
- Tsubogō, Minoru (2006): „Shimin sankā no shintenkai to jichitai kaikaku: Shimin shakai

- wo tsuyoku suru hōhō [Neue Entwicklungen der Bürgerpartizipation und Kommunalreformen. Maßnahmen zur Stärkung der Bürgergesellschaft]“. In: *Sankā gabanansu: Shakai to soshiki no un'ei kakushin* [Partizipative Governance: Organisationsinnovation von Gesellschaft und System]. Hg.: Minoru Tsubogō. Tokyo: Nihon Hyōronsha: S. 31-53.
- Tull, Dennis (2001): *Demokratisierung und Dezentralisierung in Senegal: Dezentralisierungsreformen und innenpolitische Entwicklung seit 1990*. Hamburg: Institut für Afrikakunde.
- Uchinaka, Eisuke (2004): „Shimin ga tsukuru jichitai sōgō keikaku [Der von Bürgern geschaffene Gesamtplan für die lokale Selbstverwaltung]“. In: *Jūmin comyuniti to no kyōdō* [Kooperation zwischen Bürgern und der Gemeinschaft]. Hg.: Takashi Nishio. Tokyo: Gyōsei: S. 130-149.
- Vetter, Angelika (2008): „Lokale Bürgerbeteiligung: Ein wichtiges Thema mit offenen Fragen“. In: *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung*. Hg.: Angelika Vetter. Wiesbaden: VS Verlag: S. 9-28.
- White, Roland/ Smoke, Paul (2005): „East Asia Decentralizes“. In: *East Asia Decentralizes: Making Local Government Work*. Hg.: The World Bank. Washington, D.C.: The International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank: S. 1-23.
- Yamashita, Atsushi (2000): „Kikan inin jimu no haishi to atarashii jimu kubun [Die Abschaffung der institutionellen Auftragsangelegenheiten und die neue Aufgabengliederung]“. In: *Toshi mondai* 91/ 4: S. 15-28.
- Yamazaki, Yukiko/ DeWit, Andrew (2004): „Fiscal Cuts or Common Sense? Fiscal decentralization in Japan“. In: *The Asia-Pacific Journal/ Japan Focus* 2/ 2. <http://apjjf.org/-Yukiko-YAMAZAKI--Andrew-DeWit/1748/article.pdf> (Aufruf am 26.04.2017).

Publikationen

Die Publikationen der Forschungsstelle, die unterschiedliche Aspekte der japanischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft und Kultur behandeln, sind über die Forschungsstelle zu beziehen und im Internet abrufbar unter:

<http://www.fsjapan.uni-osnabrueck.de>

Liste der Veröffentlichungen der Forschungsstelle Japan

Nr.	AUTOR	TITEL
1	Kiyoko Sakamoto	<i>Einheimische und Fremde in Japan</i>
2	Rüdiger Kühn	<i>Japan's ecopolitical ODA</i>
3	Rüdiger Kühn	<i>Tokyos Müllmanagement in Zeiten zunehmender Raumnot</i>
4	Rüdiger Kühn	<i>Japans umweltpolitische Entwicklungshilfe durch den Transfer von Umweltechnologie</i>
5	Rüdiger Kühn	<i>Household waste in Tokyo</i>
6	György Széll	<i>Unternehmenserfolg durch Umweltschutz</i>
7	Kotaro Oshige	<i>Convergence of the interest representation systems in advanced countries?</i>
8	Narihiko Ito	<i>Die japanische Gesellschaft - Kontinuität und Wandel</i>
9	Frank Westerhoff	<i>Japan in der Krise</i>
10	György Széll	<i>Globalisation in East Asia - A View from Europe</i>
11	György Széll	<i>Japanese Joint Ventures in China - some preliminary findings of a research project</i>

- 12 György Széll *Deutsch-japanische wissenschaftliche Zusammenarbeit im Zeitalter der Globalisierung – Hat die Debatte über die doppelte Staatsbürgerschaft in Deutschland und Europa Auswirkungen auf die Deutsch-Japanischen Beziehungen?*
- 13 Rüdiger Kühn *Japan's Approach to becoming a Global Environmental Flagship - more Lip Service than Reality*
- 14 Narihiko Ito *Japan und die friedliche Wiedervereinigung Koreas*
- 15 Yoshino Takashi/
Imamura Hiroshi *Endlich – Japans Frauen auf dem Weg in die Politik*
- 16 Kenji Hirashima *Die Reformpolitik in Japan und Deutschland im Vergleich*
- 17 Carmen Schmidt *Lokale Bürgernetzwerke in Japan: Möglichkeiten und Perspektiven einer bürgernahen „neuen Politik“*
- 18 Heinz und Else
Kress *Inrō – Japanische Lackkunst der Edo-Zeit (1603-1868)*
- 19 Yasuo Yamamoto *Die Nachkriegszeit Japans im Spiegel der „Sieben Samurai“ von Kurosawa Akira*
- 20 Armin Stein *Die Fluten des Sumida: Der japanische Schriftsteller Akutagawa Ryūnosuke und die Metropole Tōkyō*
- 21 Johannes Jaenicke,
Udo E. Simonis und
Narihiko Itō *Die Atomkatastrophe von Fukushima: Lehren für die Zukunft*
- 22 Carmen Schmidt *Japans Grüne Partei: Manifestation einer neuen Konfliktlinie oder Ad-hoc-Gründung?*
- 23 Watanabe Masao ,
Carmen Schmidt *Japans neuer Rechtspopulismus: Ursachen, Ziele und Perspektiven*